

„Und die Moral von der Geschicht“ – wer Sülze kennt, der frisst sie nicht“ –

Ein Lebensmittelskandal und seine Folgen

Vortrag zur 3. Nacht des Wissens in der FZH

von Claudia Kemper

Zwischen dem 23. und 25. Juni 1919 kam es in Hamburg zu den bis dahin schwersten Unruhen seit Ausrufung der deutschen Republik. Mehr noch: zum ersten Mal rückte, als Reaktion auf die Unruhen, die Reichswehr in die Stadt ein, wurde der Belagerungszustand verhängt und die Stadt bis zum Ende des Jahres besetzt: An Hamburg wurde die sogenannte Reichsexekution vollzogen.

Ursprünglicher Auslöser dieser politisch brisanten Situation war ein zwar ekelhafter, aber für die unmittelbare Nachkriegszeit wohl nicht außerordentlich ungewöhnlicher Lebensmittelskandal. Als das Gerücht von unsauberen Vorkommnissen in der Sülzefabrik Jakob Heils aufkam, war die Stimmung in der Stadt schon gereizt, die Versorgungslage prekär und die politischen Gegensätze äußerst angespannt. Als dann auch noch Mitte des Monats die Bedingungen des Versailler Friedensvertrags öffentlich wurden, kam es in Hamburg immer wieder zu erhitzt diskutierenden Menschenansammlungen.

Im Untersuchungsbericht zu den Ausschreitungen, die schließlich als „Sülzeunruhen“ bekannt wurden heißt es:

„Am 23. Juni gegen 11 vormittags wurde der Wache 7 (Depenau) bekannt, dass sich in der Kleinen Reichenstrasse vor Nr. 6-10 und im Schopenstehl eine große Menschenmenge ansammle, die das Geschäft von Heil zu stürmen drohte. Den Anlass hierzu bot eine Mitteilung, dass in dem genannten Geschäft verdorbene und gesundheitsschädliche Stoffe zu Sülze verarbeitet würden. Zwei Arbeiterinnen von Heil bestätigten dem Oberwachmeister Lis von Wache 7, dass auch ausgeweidete Ratten verarbeitet worden seien. Oberwachmeister Lis begab sich mit Beamten der Wache 7 vor das Geschäft und sperrte die Eingänge ab.“¹

Das Gerücht, in der Heil'schen Fleischkonservenfabrik würde unbrauchbares, völlig verdorbenes, gar Hunde-Fleisch verarbeitet, machte schnell die Runde, so dass sich eine empörte Menschenmenge vor der Fabrik versammelte. Die Polizei vor Ort konnte sich

¹ Bericht des von der Bürgerschaft am 4. Juli 1919 zur Prüfung des Antrags des Senats (Nr. 143 von 1919), betreffend Bewilligung von Mitteln anlässlich der Auflösung der Volkswehr, niedergesetzten Ausschusses zur Untersuchung der Unruhen vom 24. und 25. Juni 1919, Nr. 78, Dezember 1920, S. 7-8.

nicht durchsetzen, die Lynchstimmung heizte sich soweit auf bis der Fabrikbesitzer Heil aus seinem Büro gezerrt und misshandelt wurde. Den herbeigerufenen Krankenwagen zwangen die Protestierenden zu einem Umweg über den Rathausmarkt, die sich abermals Heils bemächtigten und in die Alster warfen. Von da an herrschte auf dem Rathausmarkt ein ständiger Menschauflauf, es wurden Reden gegen die unhaltbaren Zustände in der Stadt gehalten und Tierkadaver zur Schau gestellt.

Am Mittwoch den 24. Juni 1919 breiteten sich die Tumulte in der Stadt aus. Unter anderem wurden die Leiter der Blindenanstalt, des Kriegsversorgungsamtes und weiterer Lebensmittelgeschäfte verdächtigt, auf dem Rathausmarkt an den Pranger gestellt und mit Mühe durch die Rathauswache gerettet. Die Polizei wie die Kommandantur der Stadt vermuteten vor allem „planmäßige kommunistische Hetze“, durch die die Masse angestachelt werde. In der Tat versuchten Agitatoren der KPD und USPD die Situation zu nutzen, um das Aufbegehren der Bevölkerung gegen die miserable Versorgungslage in radikal-politische Forderung zu kanalisieren. Aber die Parteiführung war von den Ausschreitungen genauso überrascht worden wie der Hamburger Senat.

Rathausbesetzung, Senat und Bürgerschaft sahen sich währenddessen in einer hilflosen Situation, denn erst kurz zuvor war der Volkswehr auf Geheiß des Reichswehrministeriums die Finanzierung entzogen und die neu angesetzten Einwohnerwehren noch nicht ausreichend bewaffnet worden. Die Verteidigung des Rathauses stand auf schwachen Beinen und der Kommandant von Groß-Hamburg Walther Lamp'1 (SPD) entschied, sich auf das Freiwilligenbataillon der „Bahrenfelder“ zu verlassen, das er schließlich am Mittwochabend anrücken ließ.

Dieses Freiwilligenbataillon genoss in der Stadt nicht zu Unrecht den Ruf eine radikale und anti-kommunistische Einheit zu sein, die unter relativer Geheimhaltung und Einfluss rechtsgerichteter Kaufleute und Offiziere als eine exklusiv bürgerliche Truppe mit etwa 600 Mann eingerichtet worden war. Als die Truppe nun Richtung Rathaus vorrückte kam es zum Zusammenstoß mit der aufgebrachten Menge. In der Gemengelage schossen einige der Bahrenfelder und zurück blieben ein Toter und 15 Verwundete. Der Lastwagen der „Bahrenfelder“ wurde schließlich in Brand gesetzt. Kurze Zeit später brannte auch die Hamburger Börse.

Nach diesen Zusammenstößen eskalierte die Situation; noch in der Nacht wurde das Rathaus angegriffen. Kommandant Lamp'1 forderte Nachschub an „Bahrenfeldern“ an, auch Einwohnerwehreinheiten versuchten zum Rathaus vorzustoßen, wo es zu

Schießereien kam. Im Laufe der Nacht breiteten sich die Unruhen auf die wohlhabenden Stadtteile Harvestehude und Rotherbaum aus: Autos brannten, Fenster wurden eingeworfen, Läden geplündert und demoliert.

Schließlich erschien den Führungs- und Ordnungskräften die Situation nicht mehr beherrschbar. Im Gegenteil, man befürchtete eine Ausweitung der Unruhe zur Revolte. Die Befürchtung war nicht aus der Luft gegriffen, da die Situation in Hamburg seit dem Winter sehr angespannt war. Die Wochenration Brot betrug nunmehr 2,4kg, die für Kartoffeln 5kg. Anhaltende Teuerung und Kürzung der Erwerbslosenunterstützung beförderten die öffentliche Unruhe. Als Treffpunkt für öffentliche Diskussionen galt der Rathausmarkt und erst im April waren im Anschluss an eine Demonstration gegen Kürzung der Erwerbslosenunterstützung der Alsterpavillon und andere Cafés am Jungfernstieg und an der Esplanade geplündert worden. Zuletzt hatte es zu Ostern heftige Ausschreitungen in St. Pauli und Hammerbrook gegeben.

Noch vor Donnerstag, den 25. Juni 1919, beorderte Kommandant Lamp'1 vom Wehrkreiskommando zwei Bataillone, die vor den Toren Hamburgs stationiert bleiben sollten. Lamp'1 wollte innerhalb Hamburgs auf den Einsatz von Reichswehrtruppen verzichten. Bei diesem Vorhaben wurde er von Senat, Parteivertreter und Betriebsräten unterstützt, die sich in Aufrufen, Anordnungen und Bekanntmachungen für die Beruhigung der Lage einsetzten. Der Senat beschloss jedoch zur gleichen Zeit, sich an Reichswehrminister Noske zu wenden, hoffte aber weiterhin die Befehlsgewalt ausüben zu können. Noske wiederum hatte schon längst Reichswehrtruppen unter General Paul von Lettow-Vorbeck in Marsch gesetzt und dachte nicht daran, dem Hamburger Senat die Kontrolle zu überlassen.

Noske bewegten verschiedene Gründe, in Hamburg einzugreifen: Erstens konnten die Unruhen relativ leicht als kommunistische Putschversuche gedeutet werden, wodurch die bürgerlichen Ängste vor einer drohenden Räte-Regierung neues Futter bekamen. Zweitens missfiel Noske schon seit einiger Zeit die relativ demokratische Sicherheitspolitik Hamburgs. Die in der Volkswehr gehandhabte demokratische Wahl der Offiziere sah das Reichswehrministerium als Quell innerer Zersetzung, weshalb es ihre Auflösung forcierte. Und drittens befürchtete die Reichsleitung, durch die Unruhen die Kontrolle über den Hafen und damit über die Lebensmittelein- und -ausfuhr zu verlieren. Vor diesem Hintergrund verhängte die Reichswehr den Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek und ergriff damit eine der drastischsten

Maßnahmen des Reiches gegenüber eines seiner Länder: die Reichsexekution. Als bekannt wurde, dass Reichswehrtruppen anrückten, bemühten sich Senat und Bürgerschaft verstärkt um eine Beruhigung der Lage und obwohl im Laufe des Tages die Krawalle wieder abnehmen rückte die Reichswehr vor (zunächst bis nach Wandsbek, Bahrenfeld, zum Hauptbahnhof und an den Hafen). Verschiedene Parteivertreter, u.a. der bürgerliche Senator Krause, Parteivorstände von SPD, KPD, USPD reisten der Reichswehr entgegen, um bei General Paul von Lettow-Vorbeck den Einmarsch in letzter Minute zu verhindern. Im Januar zuvor hatte die Hamburger SPD-Führung die Reichsexekution der Stadt Bremen als Strafexpedition wahrgenommen und dagegen protestiert. Nun fürchtete man ähnliche Repressalien. Lettow-Vorbeck forderte jedoch eine sofortige Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, ansonsten würde er wie geplant die Reichsexekution vollziehen. Die Situation blieb in den nächsten Tagen unübersichtlich. Mittlerweile mussten etwa 80 Tote beklagt werden, wengleich die Unruhen abflachten. Die Senatoren Carl Petersen, Emil Krause und Carl Hense wurden noch einmal bei Lettow-Vorbeck an seinem Stützpunkt in Friedrichsruh vorstellig, um wenigstens die Anweisungen für den Einmarsch zu mildern.

Am 1. Juli marschierten schließlich 10.000 Mann, inklusive 30 Geschütze und ein Panzerzug in die Stadt ein. Kommandant Lettow-Vorbeck hatte angeordnet jeden Widerstand „rücksichtslos“ zu brechen und obwohl sich die Bevölkerung mittlerweile ziemlich ruhig verhielt, kam es während des Einmarschs zu teils tödlichen Zwischenfällen.² Die Truppen rückten Richtung Rathaus, Justizgebäude und Stadthaus vor und besetzten Haftanstalten, Krankenhäuser, Bahnhöfe, Freihafen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsbetriebe; General Lettow-Vorbeck errichtete sein Hauptquartier im Hotel Esplanade.

In den folgenden Wochen und Monaten übernahm die Reichswehr politische und militärische Befehlsgewalt in Hamburg. Dazu gehörten die Verfügung über eine Waffenabgabe, das Verbot öffentlicher Aussprachen, ein konsequentes Vorgehen gegen Lebensmittelschiebereien, die antirepublikanische Reorganisation der Hamburger Sicherheitskräfte, sowie zahlreiche Übergriffe, unrechtmäßige Verhaftungen und Misshandlungen durch Reichswehrtruppen. Der Belagerungszustand wurde erst im Dezember 1919 wieder aufgehoben.

In der Hamburg Geschichte gehören die Sülzeunruhen zu den heftigsten Hunger-Revolutionen der Stadt, die gleichzeitig das Ende der akuten Nachkriegszeit und

² Veröffentlichung in „Hamburger Correspondent“, 29.6.1919: Korps Lettow, 28.Juni 1919: „An die Bevölkerung Hamburgs.“

Revolutionsphase markierten und den Übergang zu einer relativen Ordnung. Im Stadtgedächtnis überdauerte vor allem das militärische Gedenken an die toten „Bahnenfelder“, denen mit Gedenkfeiern und Kranzniederlegungen bis in die 1960er Jahre gedacht wurde. Die revoltierenden toten Zivilisten haben in diesem Gedenken keinen Platz gefunden.³

Im Alltagsgedächtnis überlebten die Sülzeunruhen als Erinnerung an desolate Versorgungszustände, die sich auch in einer anschaulichen Moritat niederschlug:

- 1. Strophe: „Hört zu: die große Moritat / In Hamburg ein Kommerzienrat / Macht Sülze delikat und fein / ganz ohne Hammel, Rind und Schwein
- 16. Strophe: „Die Sülze ist in Hamburg jetzt / Im Preise sehr herabgesetzt / Und die Moral von der Geschicht: / ‚Wer Sülze kennt – der frisst sie nicht‘

Literaturhinweise

Ursula Büttner: Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Hamburg 1985, S. 91-98.

Sven Philipski: Ernährungsnot und sozialer Protest: die Sülzeunruhen 1919, Magisterarbeit Universität Hamburg 2002.

Uwe Schulte-Varendorff: Die „Sülzeunruhen“ im Juni 1919 – ein vergessenes Kapitel Hamburger Geschichte, erscheint demnächst.

³ Aktuelles Beispiel: Joachim Paschen: „Frieden, Freiheit, Brot!“ Die Revolution 1918/19 in Hamburg, Hamburg 2008, S. 174-218.